Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

28.3.1924 (No. 75)

Visual Library

№ 75 Freitag, den 28. März 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,— Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Ausführung des Reichsmietengesetzes und der dritten Steuernotverordnung

** Das Arbeitsministerium sieht davon ab, den mit Bekanntmachung vom 26. Februar 1924 (Staatsanzeiger Nr. 48 vom 26. Februar 1924) ab 1. März 1924 als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzten Hundertsatz von 35 vom Hundert vom 1. April 1924 zu erhöhen. Die Aprilmiete ist demnach die gleiche wie die Märzmiete; sie beträgt 35 vom Hundert der Friedensmiete eines Monats in Goldmark, abgesehen in denjenigen Städten, welche auf Grund der ihnen erteilten Ermächtigung einen höheren Hundertsatz festgesetzt haben.

Eine Erhöhung des Satzes von 35 vom Hundert der Friedensmiete in Goldmark wird bestimmt werden, sobald die nach der dritten Steuernotverordnung zu erhebende Mietzinssteuer (Aufwertungssteuer) erlassen sein wird.

Wirtschaftliche Umschau

Im Mittelpunkt des Interesses müssen natürlich nach wie vor **währungs- und finanzpolitische Fragen** stehen, und es ist nicht überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir noch weit von dem Zustand entfernt sind, den wir als den erstrebenswerten betrachten müssen.

Den weiter **ernsten, krisenhaften** Erscheinungen stehen ja freilich auch **erfreuliche** gegenüber wie die langsame, aber anhaltende Abnahme der Arbeitslosigkeit, der neuerliche Halt im Aufstieg der Inderziffern — der Großhandelsindex weist sogar einen kleinen Rückgang auf — das Zustandekommen der Goldkreditbank und die letzten Ziffern über die **Finanzgebarung** des Reichs im zweiten Märzdrittel. Darnach ist in diesem Zeitraum ein ganz wesentlicher **Überschuß** von über 63 Millionen Goldmark zu verzeichnen, wodurch der gesamte Zuschußbedarf des Reichs seit Stillegung der Notenpresse (16. November 1923) von 779,4 auf 716,1 Millionen zurückgegangen ist. Nachdem nun auch der gesamte Ausweis für **Februar** vorliegt, ergibt sich, daß die Einnahmen aus **laufenden** Steuern (ohne die einmalige Rhein-Ruhr- und die Brotversorgungsabgabe, die im Februar mit rund 100 Millionen weniger auftreten) eine, wenn auch nicht sehr große, Zunahme im Vergleich zum Januar aufweisen.

Das Bedenklichste aber sind die Erscheinungen am **Devisenmarkt.** Die Zuteilungen in Berlin sind immer geringer, die Bedarfsanmeldungen immer höher geworden. Die vorgeschriebene Bardeckung zum Erwerb von Devisen scheint also reichlich vorhanden zu sein trotz allen Kreditmangels.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß die Einführung der **Rentenmark** und die gegenwärtige Stabilisierung der Papiermark, mit der die Rentenmark in erheblichem Maße verkoppelt bleiben wird, nur Übergangsmaßnahmen sind und sein können. Die Goldnotenbank jedoch, die uns im Verein mit der Lösung des Reparationsproblems erst eine dauernd gesicherte stabile Währung bringen kann, liegt immer noch in der Ferne. Die Folge ist, daß unsere Wirtschaftslage immer noch dauernd Gefahren ausgesetzt ist. Eine Fortsetzung der Preissteigerung, die ja vorerst wieder vermieden scheint, würde die verhängnisvollsten Folgen haben, aber mit keinen Maßnahmen, am allerwenigsten mit der einfachen Schaffung zusätzlicher Kaufkraft, wäre ihr zu begegnen, wenn nicht Hand in Hand damit **Vermehrung der Produktion und Besserung der Zahlungsbilanz** gehen. Wir wiesen schon mehrfach darauf hin, daß sich in Deutschland immer wieder die Tendenz durchzusetzen droht, **über die Verhältnisse zu leben,** was sich u. a. in der **starken** Luxuseinfuhr und den zahlreichen **Auslandsreisen** zeigt, auf die wir weiter unten noch zu sprechen kommen.

Der Reichsfinanzminister hat kürzlich in einer Rede vor dem Verband sächsischer Industrieller in **Leipzig** das **deutsche Volksvermögen** auf 150 Milliarden (gegen 300 Milliarden vor dem Krieg), das **Gesamteinkommen** des deutschen Volkes auf jährlich 25 Milliarden (37,5 Milliarden vor dem Krieg) und das **durchschnittliche Lohneinkommen** pro Kopf auf 285 M. (gegen 557 vor dem Krieg) geschätzt. Dabei beträgt die prozentuale **Steuerlast** heute 27,7 gegen 10,9 Prozent im Jahre 1913.

*

Zum Kapitel **„Leben über unsere Verhältnisse"** gehört auch zweifellos das **Treiben der deutschen Spekulation,** die durch die Befestigung des französischen Franken neuerdings einen so empfindlichen Nackenschlag erlitten hat. Die Folgen sind auch für die deutsche Gesamtwirtschaft freilich **nicht** erfreulich. Denn diese Spekulanten, die zusammen mit ihren Wiener, Bukarester und Amsterdamer Kollegen auf Baisse spekuliert hatten, mußten, als der Tag da war, an dem die auf Termin gekauften, nicht wie erwartet weiter gefallenen, sondern gestiegenen französischen Franken zu bezahlen waren, um ihren Verlust zu decken, ihre sonstigen in ihrem Besitz befindlichen Werte verkaufen. Darunter litt insbesondere der Markt der **deutschen Aktien,** die nun den Effektenbörsen zuströmten und die Kurse drückten. Auch Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen kamen aus diesem Grund stärker auf den Markt und das Reich, das zu Interventionskäufen genötigt war, konnte einerseits zwar mit dem Fallen des Wertes der Dollarschatzanweisungen insofern ganz zufrieden sein, als es damit seine Goldschulden vorteilhaft tilgen konnte, aber es braucht andererseits sein Geld in seiner gegenwärtigen Finanznot zu andern Zwecken und mußte doch aus Gründen seines Kredits und der Währungsstabilität kaufen. Wien hatte sogar seinen „Schwarzen Tag". Manche Papiere fielen an der dortigen Börse bis auf die Hälfte. Wenn nun auch wieder eine Erholung an den Börsen eingetreten ist, so sind die erlittenen Verluste, die auch die Geldbedürftigen betrafen, die nicht infolge von Spekulation zum Verkauf ihrer Papiere schreiten mußten, sicher recht erheblich.

Hier zeigt sich wieder, wie die Spekulation **Leerlauf** ist. Wenn neuerdings für **Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes** eingetreten wird, mit der Begründung, daß dadurch einzig eine zuverlässige Regulierung der Kreditgewährung herbeigeführt werden kann und eine **Abwehr** gegenüber dem **Kreditandrang zu spekulativen Zwecken,** dann muß man das im Hinblick gerade auf solche Erscheinungen für gerechtfertigt halten. Der dem Verwaltungsrat der Rentenbank angehörige Dr. Justus Schoenthal hat kürzlich im „Berl. Börsenkur." sich dahin geäußert, daß ein **hoher Diskontsatz** in der Lage sei, abschreckend auf die Spekulation zu wirken und das Geld nur solchen Darlehensnehmern zukommen zu lassen, die es zur **Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft** dringend gebrauchen. Er wirkt also in der Richtung der Einschränkung volkswirtschaftlich unnötigen Geldbedarfs, in der Richtung des **Sparens und gegen die Inflation** und ist somit eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Festigung der Währung, deren Belange denen der Wirtschaft voranstehen.

*

Der Ruf nach **Schutzmaßnahmen für unsere Währung,** u. a. durch Einschränkung der Einfuhr von **Luxuswaren** und Erschwerung von **Vergnügungsreisen nach dem Ausland,** wird immer lauter. Wenn man beispielsweise von der augenblicklich riesenhaften Einfuhr von Südfrüchten im Hamburger Hafen liest — Ungarn hat seit längerem ein Einfuhrverbot für Apfelsinen u. dgl. —, wenn man hört in welchen Massen deutsche Vergnügungsreisende im Ausland auftreten und wie an der Riviera, in Paris usw. deutsches Geld vergeudet wird, — nun im Frühjahr wird erst die Hochflut der deutschen Reiselust einsetzen —, wenn man sich vorstellt, wie viele **Millionen und Abermillionen Goldmark** zu tatsächlichen **Luxuszwecken** so auf den **internationalen Valutamarkt** geworfen werden, so wird man nicht umhinkönnen, sich einzugestehen, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um unsere Währung zu schützen, die auch durch solche Erscheinungen sicher nicht **zuletzt** erheblich gefährdet wird.

Wir lesen vom Rückgang des deutschen Nationalvermögens, von der Verarmung der deutschen Wirtschaft, von der Kreditnot, von der lange nicht genügenden Ansammlung von Sparkapital, von der andauernd kritischen Lage der deutschen Währung, wir sehen und kennen die Verelendung weitester Kreise, die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, wir wissen, daß das für Luxuszwecke ins Ausland fließende deutsche Kapital zur Belebung unserer Wirtschaft im Innern gerade jetzt uns dringend vonnöten ist, und, weil es klar ist, daß Appelle an die wirtschaftspolitische Vernunft nur von geringer Wirkung sein werden, wird eben im Rahmen der Möglichkeit und Zweckdienlichkeit **vorgegangen** werden müssen. Eine **Drosselung der Einfuhr von Luxuswaren** — wo Einfuhrverbot und Einfuhrzölle oder Verbrauchssteuern nicht Gegenmaßnahmen des Auslands gegen deutsche Waren herbeizuführen drohen, — eine **kräftige Verteuerung des Ausreisevisums** — wo nicht wichtige Geschäftsreisen oder im Inland nicht zu behebende Erkrankungen vorliegen, — werden eventl. in Aussicht zu nehmen sein.

Bei der deutschen Wirtschaftspolitik wird es sich noch für eine Reihe von Jahren darum handeln müssen, die Erträgnisse der deutschen Arbeit, wo nur möglich, dem Inland zu erhalten und unnötigen Kapitalabfluß zu vermeiden. Gewiß ist es richtig, daß in deutschen Erholungsorten und Gaststätten vielfach Preise gefordert wurden, die unangemessen sind und daß die Konkurrenz des Auslands sich hier als eine gesunde Korrektur erweisen würde, aber andererseits ist nicht zu vergessen, daß in diesem Jahre nicht mit dem Zustrom auswärtiger Vergnügungsreisender nach Deutschland zu rechnen ist, wie in den Jahren der Inflation und daß schon aus diesem Grund die Preise der deutschen Erholungsorte nicht in den Himmel wachsen werden. Wer aber die zahlreichen und prachtvollen Erholungsgelegenheiten in Deutschland jetzt nützt, handelt nicht nur vaterländisch, sondern auch **sozial** im Interesse seiner Volksgenossen, denen schließlich, da das Geld in Deutschland bleibt, Erweiterung der Arbeitsgelegenheit und des Verdienstes geboten wird. In der Wirkung auf die deutsche Währung besteht zudem praktisch kaum ein großer Unterschied zwischen der Handlungsweise desjenigen, der sein Geld für Luxuszwecke ins Ausland trägt und dem Devisenhamsterer und Spekulanten und dessen Bemühungen, die deutschen Devisenkurse zu drücken. Ein weiteres Gehenlassen der Dinge wird sich hier schließlich als untunlich erweisen.

***

Ein neues Ministerium Poincarés

Poincaré hat, wie aus **Paris** gemeldet wird, den ihm erteilten Auftrag zur **Neubildung des Kabinetts angenommen.** Die von Poincaré den Vertretern der Presse gegebene Erklärung, daß die Entwirrung der Krise **langwierig** sein werde, wird als eine Bestätigung dafür angesehen, daß Poincaré eine **völlige Umwandlung des Kabinetts** beabsichtigt, und daß dem neuen Kabinett außer dem Kriegsminister Maginot und dem Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer, den beiden intimsten Mitarbeitern Poincarés, nur wenige Minister des zurückgetretenen Kabinets angehören werden.

Nachdem Poincaré am Donnerstag abend den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen hat, wird es ihm — so schreibt die „Frankf. Ztg." — nicht schwierig werden, heute oder morgen dem Präsidenten der Republik auch die Liste seiner Mitarbeiter zu unterbreiten. Jedenfalls muß die Regierung vor dem 1. April bereit sein, vor der Kammer zu erscheinen, weil die Kredite zu den Wiederaufbau-Arbeiten im ehemaligen Kriegsgebiet für das zweite Vierteljahr 1924 spätestens am Montag die Zustimmung der Kammer und des Senats finden müssen. Poincaré beabsichtigt anscheinend ein wesentlich neues Ministerium bilden zu wollen durch die Heranziehung politischer Persönlichkeiten, deren Qualität das Ansehen der Regierung stärken und seine parlamentarische Grundlage erweitern würde. Bisher sind jedoch diese Bemühungen offenbar auf **Schwierigkeiten** gestoßen. Es ist vor allem wenig wahrscheinlich, daß Politiker von Bedeutung, die bisher die Politik Poincarés abgelehnt haben, sich kurz vor den Neuwahlen entschließen sollten, ihr Schicksal an die unsichere Existenz des neuen Kabinetts zu binden, das nach der Entwicklung der letzten Wochen an die reaktionäre Mehrheit des Nationalen Blocks gekettet ist und dessen Schicksal teilen muß, selbst wenn es nicht wollte.

Nach einer Havasmeldung sind die leitenden Gedanken Poincarés folgende. 1. weitgehendste Umgestaltung des ehemaligen Kabinetts, nur 4 oder 5 ehemalige Minister und 3 Unterstaatssekretäre scheinen nach den bis jetzt vorliegenden Andeutungen ihm angehören zu sollen; 2. die aus Sparsamkeitsrücksichten notwendig gewordene Herabsetzung der Zahl der Ministerien und Unterstaatssekretariate.

*

Der „Matin" veröffentlicht eine Erklärung des **Präsidenten der Republik** in der es heißt, der Präsident habe das feste Vertrauen, daß Poincaré das neue Kabinett bilden werde, das in seiner Politik Festigkeit nach außen und Ordnung und Sparsamkeit nach innen festsetze. Frankreich könne **das Ruhrgebiet nicht räumen vor der Erlangung vollkommener Reparationszahlungen.** Es müsse das Budgetgleichgewicht herstellen und dazu eine Anleihe aufnehmen.

Die Regierungskrise in Südslawien ist beendet. Paschitsch unterbreitete dem König die Ministerliste seines neuen mit dem demokratischen Dissidenten **Pribitschewitsch** gebildeten Kabinetts. Die Gruppe der Regierungsparteien verfügt im Parlament über 135, die oppositionellen Parteien verfügen über 127 Stimmen, hierbei sind jedoch nicht eingerechnet die 42 Stimmen der bereits in Belgrad befindlichen kroatischen Abgeordneten, die auf die Verifizierung ihrer Mandate warten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Abbau der Bezirksämter

Vortrag des Ministers Remmele im Haushaltsausschuß

II.

Der Minister ging schließlich dazu über, dem Ausschuß an Hand der Karten für die neue Bezirkseinteilung die **Motive** darzulegen, die ihn für die Auswahl der aufzuhebenden Ämter leiteten. Es war zunächst die Frage zu prüfen, ob nur soviel Ämter aufgehoben werden sollen, um damit den 15prozentigen Beamtenabbau zu ermöglichen, oder ob darüber hinaus die Auflösung von Bezirksämtern gleich vom Gesichtspunkt **vollständiger Vereinfachung der Staatsorganisation** opportun sei. Da das Ermächtigungsgesetz für eine etwaige Aufhebung der **Kreisverbände** keine Bestimmung getroffen hatte, war von der Anwendung des letztgenannten Grundsatzes Abstand genommen worden. Die Auswahl der aufzuhebenden Bezirksämter aber ist so getroffen, daß der Schaffung von **Verwaltungskörperschaften** in künftiger Zeit keine Schwierigkeiten erstehen können.

So unakzeptabel nun aber für die Regierung die Annahme des Antrags Klaiber u. Gen.. ebensowenig tragbar sind für die Regierung die Anträge, den Vollzug für die Aufhebung der Bezirksämter Boxberg, Baden, Achern und St. Blasien auszusetzen. Ob an Stelle von Baden und Achern Bühl und Oberkirch ihre Bezirksämter verlieren, das ist vom Regierungsstandpunkt aus gesehen, gleichgültig. Zu warnen aber ist, nachdem sich die allgemeine Erregung über diese Angelegenheit einigermaßen gelegt hat, nun in die Bezirke Bühl und Oberkirch die Erregung auch noch hineinzutragen. Wenn man berücksichtigt, daß tausende von Arbeitern täglich stundenlange Fußmärsche zu ihrer Arbeitsstätte und zurück machen müssen; und daß mit der Eisenbahn ebenfalls tausende von Arbeitern ihre Arbeitsstätte oft auf Entfernungen bis zu 50 Kilometer aufsuchen müssen, dann ist demgegenüber die Klage über die weite Entfernung der Bevölkerung eines Bezirks vom Bezirksamt recht wenig durchschlagend. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft kommen wohl die meisten Menschen oft in einem Lebensalter nicht dazu, ein Bezirksamt aufsuchen zu müssen; überdies werden die Einwohner der aufgehobenen Amtsbezirke an den bisherigen Bezirkssitzen ihre **Amtstage** erhalten, und deshalb sich mindestens den Weg zur neuen Amtsstadt ersparen können. St. Blasien und Breisach erhalten **Außenstellen**, die mit je einem mittleren Beamten besetzt werden, welcher den Verkehr zwischen der Bevölkerung und dem neuen Amtssitz zu vermitteln, Pässe auszustellen und Auskünfte zu erteilen hat.

Zum Schluß sagte der Minister, man solle auch im Landtag die durch den Hitler-Prozeß bekannt gewordene übliche Stimmung gegen die Parlamente und parlamentarisch gestützten Regierungen nicht unterschätzen. Der wirtschaftliche Niedergang des letzten Jahres und der finanzielle Bankrott des Reichs und der Länder haben das Volk in eine Verzweiflungsstimmung gebracht. Jedem Parlament ist es schwer, bestimmte **Staatsnotwendigkeiten**, die gegen den Willen der Bevölkerung einmal durchgeführt werden müssen, um zur Gesundung der Staatswirtschaft zu gelangen, zu vollziehen; es muß deshalb für solche Fälle die Regierung in ihrer Verantwortung handeln. Scheut sich eine Regierung davor, dann kommt der Ruf nach dem Direktorium, wie er im letzten Teil des vorigen Jahres in Bayern wie im Norden erhoben worden war. Einem derartigen Unglück kann nur vorgebeugt werden, wenn der Regierung nicht in den Arm gefallen wird. Nicht die Lust, den Diktator zu spielen, ist für den geplanten Abbau der 13 Bezirksämter entscheidend gewesen, sondern die Sorge, die zur **Gesundung der Staatsfinanzen** in Frage kommenden Erfordernisse zuwege zu bringen.

*

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am Vormittag des 27. März ds. Js. machte der Minister des Innern über die Wirkung des Personalabbaues und der Aufhebung von 13 Bezirksämtern weitere Mitteilungen. Es ist danach errechnet worden, daß durch den Personalabbau **die Zahl der in der eigentlichen Bezirksverwaltung verwendeten Beamten um 200**, die der **Angestellten** um **88 Personen vermindert** werde. Der Aufwand für diese 288 Beamten und Angestellten würde sich nach Durchschnittssätzen der neuesten Besoldungsregelung auf **657 000 M.** jährlich belaufen. Die Bedeutung dieses Betrags kann ermessen werden durch Vergleich mit dem gesamten Personalaufwand der inneren Bezirksverwaltung im Voranschlag 1924/25, der sich auf 2 048 000 M. beläuft. Dem Minderaufwand von 657 000 M. stehen allerdings Ausgaben an **Ruhegehaltsbeträgen** gegenüber, die sich im ersten Jahr auf 288 000 M. belaufen, aber dauernd abnehmen werden. Danach bleibt eine **reine Ersparnis von 368 000 M.** bestehen. Die erwähnte Zahl von 200 abgebauten Beamten der Bezirksverwaltung überschreitet die früher genannte Zahl von 171, mit der ein Abbau von **15 Proz. aller Beamten der Bezirksverwaltung** erreicht wäre, wesentlich. Durch diesen Mehrabbau in der Bezirksverwaltung wurde es möglich, andere Zweige der inneren Verwaltung, insbesondere die **Pflege der Landwirtschaft** und andere, bei denen ein Personalabbau mehr oder weniger unmöglich war, zu verschonen. Wie bereits erwähnt wurde, ist durch das Zusammenlegen von 13 Amtsbezirken mit 21 bisherigen Amtsbezirken eine Ersparnis von 140 Beamtenstellen bei Bezirksämtern sowie ferner von 27 Stellen von Bezirksärzten, Bezirkstierärzten und Bezirksbaukontrolleuren, also insgesamt eine Verminderung von 167 Stellen möglich geworden. Das bedeutet einen Minderaufwand an Gehältern von 410 000 M., denen Ruhestandsbezüge im ersten Jahr im Betrag von 277 000 gegenüberstehen, so daß sich eine reine Ersparnis von 133 000 M. jährlich bei dieser Berechnung ergibt.

Durch die Aufhebung von 13 Bezirksämtern werden aber auch **sachliche Unkosten** erspart werden. Die Beträge können selbstverständlich vorerst nur geschätzt werden. Man darf aber annehmen, daß eine Gesamtschätzung von 67 800 M. sehr mäßig ist und von der Wirklichkeit weit überholt werden wird. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einer Reihe von Einzelschätzungen, von denen die größten — sachlicher Aufwand 15 000 M., amtliche Verkündigungen 15 000 M., Urlaubsvertretungen 3800 M., Gebühren für Bezirksratssitzungen 12 000 M., Ertrag von freigewordenen Räumen 10 000 M. — hier genannt sein mögen.

Gegenüber der Befürchtung, daß in den Amthäusern der vergrößerten Amtsbezirke umfangreiche bauliche Veränderungen nötig werden würden, konnte der Minister feststellen, daß die Beamtenschaft der weitaus meisten Bezirksämter mit vergrößerten Amtsbezirken nicht oder nur wenig vermehrt, in mehreren Fällen, so in Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe und Freiburg, mit der Neueinteilung der Amtsbezirke vermindert werden soll. Nur in wenigen Fällen, so in Schopfheim und in Waldshut, werde man mit den bisherigen Diensträumen nicht ohne weiteres ausreichen. Es werde sich aber vermutlich Gelegenheit bieten, Räume anderer Verwaltungen oder auch vorübergehend gemietete Räume aushilfsweise zu benützen. Damit solle nicht gesagt sein, daß man nicht etwa ausnahmsweise genötigt sein könne, eine Wand zu versetzen oder sonstige kleine bauliche Änderungen vorzunehmen.

Auf die Anfrage, ob es richtig sei, daß von einzelnen aufgehobenen Bezirksämtern die Mehrzahl der Beamten künftig täglich nach dem benachbarten Bezirksamt zum Dienst zu reisen habe, konnte mitgeteilt werden, daß allerdings wegen der allgemeinen Wohnungsnot die Beamten nicht alle ohne weiteres an ihrem neuen Dienstort Wohnung finden können, daß aber solche Reisen, wie angedeutet, immer nur für wenige Beamte der aufgehobenen Bezirksämter nötig sein werden, daß man überdies bemüht sei, wenn immer möglich im Austausch mit anderen Verwaltungen Wohnungen am Dienstort zu beschaffen. Daß die Kosten der **Umzüge** in der nächsten Zeit eine beträchtliche Höhe erreichen werden, ist zweifellos. Diese Umzüge sind aber keineswegs lediglich durch die Aufhebung von Bezirksämtern, sondern durch den Personalabbau an sich verursacht und es werden, wenn die Neubesetzung der Ämter durchgeführt ist, auf längere Zeit hinaus Versetzungen und damit Umzüge zu den Seltenheiten gehören. Da nach den **Kosten der Amtstage** gefragt wurde, erwähnte der Minister, daß infolge der Aufhebung von Bezirksämtern 12 Amtstage neu eingerichtet werden sollen, während 36 Amtstage schon bisher bestanden und auch weiterhin bestehen werden. Die Wahrnehmung der Amtstage wird nicht nur der Bevölkerung manchen Gang ersparen, sondern es wird auch der Bezirksbeamte mit dem Amtstag die Besorgung von Geschäften vereinigen können, die ihn ohnedies zu einer Dienstreise genötigt hätten.

Zu der Frage, ob die **Neueinteilung der mittelbadischen Amtsbezirke** Oberkirch, Achern, Bühl richtig gelöst sei, wurde festgestellt, daß die Entfernungen von Oberkirch nach Achern auf der Bahn 21, auf der Straße 15 Kilometer betrage, während die Entfernung Achern—Bühl sich nur auf 8 Kilometer Bahn und 9 Kilometer Straßenstrecke beläuft. Die Entfernung Oberkirch-Offenburg auf Bahn und Straße ist nur 17 Kilometer. Ein Vergleich dieser Entfernungen ergibt, daß die getroffene Vereinigung von Amtsbezirken **verkehrstechnisch günstiger** anzusehen ist als eine andere sonst mögliche.

Politische Neuigkeiten

Die englische Regierung

ist infolge der Zuspitzung der Streiks in kritischer Lage. Freitag nacht werden **sämtliche elektrische Bahnen Londons** zur Unterstützung der streikenden Trambahner und Omnibusführer stillgelegt, wenn nicht inzwischen eine Einigung erzielt wird. Um eine dann eintretende Katastrophe zu vermeiden, beschloß das Kabinett, von dem **Notstandsgesetz** Gebrauch zu machen, das als es seinerzeit eingeführt wurde, von der Labour Party schärfstens bekämpft wurde. Das Notstandskomitee entwarf einen Plan, einen Notbetrieb auf der Untergrundbahn und durch Omnibusse aufrechtzuerhalten. Dieser Beschluß würde eine sehr schwere **Krisis** innerhalb der **Partei und der Regierung** verursachen, wenn tatsächlich seine Ausführung unvermeidbar würde. Besonders heikel ist die Position **Thomas**, falls die Eisenbahner dem Streik beitreten. Die Stimmung in führenden Labourkreisen ist darum äußerst ernst. Macdonalds Aussprache mit dem Streikführer Bevin soll eine sehr scharfe Auseinandersetzung gewesen sein. Der Gewerkschaftskongreß und die Exekutive der Labourparty machten für den schlimmsten Fall einen Vermittlungsvorschlag, daß die Regierung das Notstandsrecht nicht zum Kampf gegen die Streikenden, sondern dazu benützen solle, den gesamten Verkehrsbetrieb selbst in die Hand zu nehmen gegen Bezahlung der umstrittenen Löhne, bis ein Komitee über die Gesamtfrage beraten habe.

Die Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahlen hat nach einer Verordnung des Reichsministeriums des Innern in Abänderung einer unlängst ergangenen Verfügung in der Zeit vom **6. bis 13. April zu erfolgen.** Im rechtsrheinischen Bayern werden die Listen vom 21.—22. April ausgelegt.

Badisches Landestheater

„Über die Kraft" (I. Teil).

Als der akademisch-dramatische Verein in München 1897 die deutsche Uraufführung dieser gewaltigen religiösen Tragödie wagte, beherschten den Spielplan der meisten deutschen Theater Sudermann, Meyer-Förster, L'Arronge in erster Linie, an zweiter oder gar dritter Stelle folgten Wildenbruch, Heyse, auch schon Hauptmann und Schnitzler, zwischen beiden fanden Bahr, Dreyer, Ganghofer willige Zuhörer. Im ganzen triumphierte also die Theatermache und die billige Historie, die sich zuweilen ein romantisch sagenhaftes Scheinmäntelchen umhängte. In dieser äußeren recht ungünstigen Konstellation ist es begründet, daß Björnstjerne Björnson's, des nordischen Goethe, Faustdrama nur langsam Boden faßte. Doch darf man auch heute noch etwas anderes nicht außer Acht lassen, wenn man dem deutschen Theater und diesem bedeutendsten Erzeugnis des Norwegers zugleich gerecht werden will: „Über die Kraft" führt wirklich an die äußerste Grenzen des Theatralischen überhaupt, ja es hört, selbst vom weitherzigsten Standpunkt der Gegenwartsdramatik aus betrachtet, fast schon auf, Theater zu sein. Das Theater lebt vom Wunderbaren nun einmal, das ist sein ewig kreisender Stoff par excellence, doch im ersten Teil von Björnsons Schauspiel erleben wir das diametrale Gegenteil, die Demaskierung des Wunders, wobei es letzten Endes ganz gleichgültig ist, daß es sich in der erschütternden Tragödie des Übermenschen und prophetischen Apostels, den die Figur des Pfarrers Adolf Sang darstellt, um ein religiöses Wunder zunächst handelt. Björnson entpuppt sich als Problemdichter, wohl auch als originelle Kraft (man sehe den Aufbau des ersten Aktes, der trotz der altklugen Redeweise der Kinder blendende Vorzüge hat!), doch zusehends leidet er an Mangel von Wärme, bei den dialektischen Auseinandersetzungen der Pastoren im II. Akt fröstelt es einen, und das Gemüt bleibt peinlich öd und stumm, nach dem es angstvoll gezittert und gebebt hatte: Der Bergsturz legt sich tatsächlich wie ein Alp auf die Brust. So arbeitet schließlich kein Theaterpraktiker, dahinter steckt rücksichtsloser Mißbrauch der ewigen Bühnengesetze.

Die hiesige Volksbühne hat sich Donnerstag abend zum Wegbereiter des Werkes gemacht, dessen erster Teil — gleichsam als Prolog — die Erlösung aus religiösen Zweifeln bringt und dessen Hauptstück weiter aus sozialen Hemmungen zur allumfassenden Liebe führen soll. Ob sie damit für ihre Mitglieder, die sich doch den spärlichen ästhetischen Genuß vom Munde abdarben müssen, das Richtige gewählt hat, soll erst beantwortet werden, wenn mit der Aufführung des II. Teils das Ganze in lückenloser Geschlossenheit vorbeigezogen ist. Ich fürchte sehr, daß ohne die erläuternde Einleitung Direktor Blum's kaum ein Besucher die notwendige Einstellung zu Björnsons Begriffswelt gefunden hätte, so sehr diese auch die Ergebnisse des von Ibsen her bekannten und verfeinerten Naturalismus fruktifiziert. Weltanschauungsfragen zu lösen ist allerdings auch eine Aufgabe der Kunst, doch muß es ohne klaffenbleibende Differenz geschehen. Was wir gestern in dem norwegischen Pastorenhaus miterlebten, litt aber an einer peinlichen Hypotrophie eines Gedankens, der — sagen wir es ehrlich — doch nicht mehr aktuell genug ist, und an einer Weitschweifigkeit des Dialogs, die (auf zwei Akte verzettelt) unerträglich ist. Ideell wäre die Zusammenfassung in einen Akt wünschenswert gewesen, womöglich mit sofortiger Folge des zweiten Teils. In der von Felix Baumbach inszenierten Erstaufführung gab sich Rob. Bürkner große Mühe, die Logik des Charakters in der Gestalt des Pfarrers Sang, den man trotz aller Ideologie von dem Verdacht eines innerlichen Schwächlings nicht ganz freisprechen kann, festzuhalten. Die sterbensmatte, verzagte Frau Pfarrer Sang schilderte Martha Möller in ergreifenden Zügen. Der aufklärerischen Tendenz der Dichtung gemäß mußten E. Murhammer und Maxim. Groß religionsphilosophische Weisheit und kindliches Spiel miteinander vereinen, so gut es eben ging. Und sicher fühlten sich die Vertreter der konservativen Richtung P. Müller, H. Benedikt Fritz Herz, v. d. Trenck-Ulrici mit dem Bischof H. Höckers an der Spitze nicht recht wohl in ihren Rollen, wie auch der ihnen als entschieden freisinniger Pastor gegenübergestellte Kröjer A. Kloebles und der von Zweifeln gepackte Bratt St. Dahlens. Aber sie alle versuchten zu individualisieren und so wenigstens schauspielerisch zu beleben, was der Dramatiker recht trocken lehrt: „Sei kein Übermensch, sondern wirke innerhalb der Grenzen der Natur!" Eine ähnliche Kritik an der Messiasidee Sangs hatte man übrigens schon im I. Akt aus dem Munde von Frau Sangs Schwester gehört, die M. Frauendorfer verkörperte. Ein wirklicher Theatraliker hätte deshalb wohl, ohne dem Wesen des Dramas zu widerlaufen, im Umriß dieser Gestalt das gegensätzliche Moment stärker betont und sich damit der Notwendigkeit des ganzen zweiten Aktes enthoben. Das stark besuchte Haus folgte dem Passionsweg des Haupthelden mit bald lebhafterem, bald schwächerem Interesse, das Letztere am deutlichsten da, wo sich Björnson zum Schrittmacher einer rein theologischen Streitfrage erniedrigt.

H. Sch.

Modeschau im Künstlerhaus

Karlsruhe hat nun auch seine Modenschau! Man sah recht aparte Sachen aus allen Gebieten der Bekleidungstechnik von Schuhen für die zierlichsten Füße berechnet, Wundern aus Leder, bis zu den Hüten und Pelzen. Aber auch die anderen angenehmen Dinge des Lebens waren aus Karlsruher Werkstätten vertreten: Parfüms, Grammophone, bequeme Klubmöbel, stilvolle Uhren, Schmuck, Pralinés. Herr Essek hatte es übernommen die Gäste, mit den Genüssen, die ihrer harrten in liebenswürdiger Weise bekannt zu machen. Einfach und ruhig sind die Linien dieses Jahres — „Linien" muß man wohl sagen; denn es sind eigentlich zwei, sagen wir Extreme, die eine Existenzberechtigung zu haben glauben. Eine noch zaghaft schüchtern, kommt nur mit leisen Versuchen und Zukunftsplänen. Die andere, eigentlich die erste und schon bekanntere scheint augenblicklich zu dominieren. Also: enge Taille, weiter Rock, betonte Hüften, spanisch — und lose weicher Schlangenhaut ähnliche Gewänder, die um die Hüften nur eben spielen und nach unten den Körper, wie den einer ägyptischen Mumie umwickeln.

Daß auf diese Weise sich unbegrenzte Möglichkeiten für Modeschöpfungen eröffnen, dürfte wohl keiner bestreiten. Dies zeigte in anschaulicher Weise auch der gestrige Nachmittag. Viel Gutes neben natürlich auch vielen Übertreibungen, wie sie gerade das Frühjahr stets mit sich zu bringen pflegt, wandelte vor den Augen schaulustiger Damen und Herren vom Pelzmantel bis zum Hochsommerkleid. Dazwischen Frühjahrskostüme; besonders reizend darunter ein resedagrünes Jackenkleid mit wieder so modernem Rock mit eigenartiger Silhouette, der unterhalb des Knies am engsten und gegen den Fuß wieder weiter wird. Aber nicht nur der Rock wird wieder plissiert auch kleine und große Capes aus feinem Wollstoff trägt man so, zu eben solchen Röcken und Kleidern. Dazu natürlich kleine Hüte, mit stehenden Schleifen, Blumen, bunter Seide sogenannten Apachentüchern oder dem unsterblichen immer feinen Reiher.

Aber zu Sommerkleidern triumphieren doch wieder die großen Hüte. Kurze Ärmel, vielleicht auch gar keine, heißt es im Sommer. Man zeigte reizende elegante Seidenkleider in zarten Pastelltönen, Voilekleider in den dieses Jahr besonders schönen Modefarben, darunter das noch namenlose Rot, ein Rot zwischen Ziegel- und Tomatenrot. — Es folgten dann Vorführungen einiger besonders eleganter Kleider. Eines darunter hat es mir besonders angetan. — Weiß mit weißem Marabubesatz! — Das Neueste der Mode! Warum aber

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß

Urteilsverkündigung am Dienstag

Im Münchener Prozeß ist am Donnerstag nach Reden Kriebels, Pöhners, Fricks, Ludendorffs und Hitlers die Hauptverhandlung geschlossen worden. Die übrigen Angeklagten verzichteten nach der nahezu zweistündigen, sehr temperamentvollen Rede Hitlers auf ein Schlußwort. Das **Urteil** wird am **1. April, vormittags 10 Uhr verkündet.**

Pöhner erklärte u. a., er könne den Vorwurf des Hochverrats mit Lachen zurückweisen. Er habe keinen Verrat getrieben, weder an seinem König, noch an seinem Lande, noch an seinen Gesinnungsgenossen. Der Mann, der jetzt auf dem Stuhl des deutschen Kaisers sitze, der sogenannte Reichspräsident, habe sich durch einen Parteiklüngel unter Mißbrauch der Gesetzgebungsgewalt hinaufsetzen lassen. Dieser Mann ist mit dem Vorwurf des Landesverrats nicht nur in moralischem Sinne, sondern in juristischem Sinn behaftet. Auch der größte Teil unserer Beamten zeigte 1918 eine subalterne Gesinnung; nicht nur die kleinen Beamten, sondern gerade die hohen, akademischen Beamten und gut bezahlten Gehaltsklassen suchten sich möglichst schnell auf den Boden der neuen Tatsachen zu stellen, gleichgültig, was da für eine Obrigkeit war. Ein Ministerialdirektor in Berlin, der mir die Vorzüge von Ebert Fritze in hohen Tönen gerühmt hat, erklärte mir auf meine Frage für Herrn Ebert zu sterben, könne er sich allerdings nicht entschließen. (Heiterkeit).

Vorsitzender: Der Ausdruck „Ebert Fritze" kann als geringschätzig aufgefaßt werden. Haben Sie ihn absichtlich gebraucht oder war es eine Entgleisung?

Pöhner (in besonderem Tone): Natürlich, ich habe Fritz Ebert sagen wollen.

General **Ludendorff:** Mein Handeln in jenen kritischen Tagen an der Seite meiner Freunde steht gradlinig vor Ihnen. Sie sehen in mir den Vertreter einer großen Zeit, der hineinlebt in die Zeit des Verfalls. Was Sie aber nicht sehen, das ist meine Lebensarbeit, das Ringen mit dem deutschen Volk um seine Zukunft. Die Welt sah nicht das, was ich wollte: Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Nachdem viel Blut und Gut vertan war, wurde ich berufen an die Seite des Generalfeldmarschalls, den Krieg zu führen mit einer Macht, die ich schon vor dem Weltkrieg als ungenügend erkannt hatte. Ich meinte, daß sich nun doppelt und dreifach jeder Deutsche in den Dienst des Vaterlandes zu stellen hätte. Nur in der deutschen völkischen Bewegung traf ich die Männer an, die zu diesem Streben bereit waren. Die Angeklagten stehen hier vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte und die schickt seit Jahrtausenden Männer die für ihr Vaterland arbeiten, nicht in **Festungshaft, sie schickt sie nach Walhall.** Nicht durch Worte, durch Taten wird Weltgeschichte gemacht!

Adolf **Hitler** befaßt sich einleitend mit dem Satz der Anklagerede, daß die Revolution sich durchgesetzt habe und rechtens geworden sei. An dem Tage da unter dem Kanonendonner der Forts von Paris die Kaiserkrone auf das Haupt Wilhelms I. gesetzt wurde, da war der Hochverrat Bismarcks legalisiert, da war die Revolution beendet die das kleine Kurbrandenburg gegen das Erzhaus Habsburg gemacht hat. So legalisierte auch der Staatsstreich Mussolini. Deutschland war 1918 nicht so korrupt, daß eine Revolution notwendig gewesen wäre. Dem großen Heere stieß man aber den Dolch in den Rücken. Was hat die Revolution politisch gebracht? Weltfriede — auf unserem Leichenfeld, Selbstbestimmungsrecht für jeden Negerstamm, aber Deutschland steht unter den Negern. 17 Millionen Deutsche sind unter Fremdherrschaft. Hätten 1918 Ebert und Scheidemann erklärt: Deutsches Volk! Unter der jetzigen Regierung wird der Krieg verloren, wir wollen frei sein, aber diese Freiheit müssen wir uns gewinnen; hätten sie draußen an der Front die Bataillone aufgefangen, hätten sie damals noch einmal das deutsche Volk zum Widerstande gesammelt, dann wäre die Republik heute fest und keiner von uns würde gegen sie die Hand erheben. Worin liegt die Achtung vor dem Gesetz bei den Massen? Wenn das Gesetz in Deutschland dereinst wieder geachtet werden soll, dann muß erst ein anderer Gerichtshof gebildet werden, in dem ein Staatsanwalt Anklage erhebt gegen Ebert, Scheidemann und Gewossen wegen Landesverrats und Hochverrats im Jahre 1918.

Vorsitzender: Der Vorwurf des Hoch- und Landesverrats gegen Ebert und Scheidemann geht zu weit.

Hitler: Ich habe ja nur gehofft, daß ein Staatsanwalt die Anklage erhebt; ich selbst darf es nicht tun. Was ich werden wollte, das war der Zerbrecher des Marxismus und wenn ich diese Aufgabe löse — und ich werde sie lösen — dann ist der Titel eines Ministers eine Lächerlichkeit. Ich wollte Trommler sein nicht aus Bescheidenheit, sondern weil das das Höchste ist. Was wollten wir nun am 8. November? Deutschlands Schicksal liegt nicht in Monarchie oder Republik, was wir bekämpfen ist der schmachvolle Inhalt der heutigen Republik. Wir wollten in Deutschland die Voraussetzung schaffen dafür, daß die Eisenfesseln von uns genommen würden. Ordnung sollte geschaffen werden im Staatshaushalt. Das Drohnenwesen sollte gebrochen, die Währung saniert, der Kampf gegen die internationale Börsenversklavung sollte aufgenommen werden. Sorgen Sie dafür, daß die größte Schmach der deutschen Geschichte sich nicht ewig wiederholt, daß nicht wieder wie einst die besten Männer als Flüchtlinge außer Landes weilen müssen. Die Tat des 8. November soll mißlungen und daher strafbar sein. Die Tat ist nicht mißlungen. Sie wäre mißlungen, wenn auch nur eine Mutter gekommen wäre und gesagt hätte: „Herr Hitler, Sie haben auch mein Kind auf dem Gewissen!" Es ist keine Mutter gekommen. Im Gegenteil. Zehntausende sind gekommen und haben sich in unsere Reihen gestellt. Einmal wird die Stunde kommen, da die Reichswehr an unserer Seite stehen und dem Generalquartiermeister der alten Armee folgen wird. Die Armee, die wir herangebildet haben, wächst von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde schneller. Aus unseren Knochen und aus unseren Gräbern wird jener Gerichtshof sprechen, der über uns zu Gericht sitzt; das Urteil wird sprechen das ewige Gericht der Geschichte.

---

mußte dies gleich in zwei Auflagen, schwarz und weiß, an uns vorüber geführt werden? Es hätte überhaupt etwas mehr darauf geachtet werden sollen, daß das Auge nicht durch derartige technische Fehler ermüdet wird. Zum Schluß zeigte man uns noch eine Reihe Gesellschaftskleider. Fast durchweg eng anliegend mit seitlicher Schlepp in gedeckten Farben, vorwiegend aus schwarzer glänzender Seide oder auch aus schwarzen oder hellen Spitzen.

So zog ein abwechslungsreiches Bild an vielen Augen vorüber, die mit wirklichem Interesse der Vorführung folgten.

Und eines müssen wir noch erwähnen um ehrlich zu sein. Die Manequins hätten, vielleicht mit Ausnahme einer Dame, mit etwas mehr **Verständnis** diese Kleider tragen dürfen. Aber kritisieren ist ja leicht, sagt man . . . . ! ! ! V. K.

---

8. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheater-Orchesters. Wir stehen in einem Jubiläumsjahr Anton Bruckners, Ende September werden 100 Jahre seit seiner Geburt verflossen sein. Inzwischen hat sich der bescheidene Komponist mit dem himmelstürmenden Aufschwung seiner Sinfonien vor allem die Herzen der musikalischen Welt erobert, die bevorstehende Jahrhundertfeier wird zweifellos in den deutschen Konzertsälen manch dankbaren Anlaß zu zyklischen Gesamtaufführungen seiner neun sinfonischen Offenbarungen geben. Auch in hiesigen Musikkreisen ist das Verständnis für seine besondere Kunst in stetem Wachsen, es wurde noch in den letzten Jahren durch verschiedene Erstaufführungen im Rahmen der Sinfoniekonzerte gefördert. Die große Gemeinde seiner Verehrer wird es daher dankbar begrüßen, daß im 8. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters am Montag, den 31. März sozusagen als Vorbote des eigentlichen Jubiläums nun auch die erste Sinfonie in c-moll zum erstenmal auf dem Programm erscheint. In diesem Werk hat Bruckner zwar noch nicht die höchste Stufe seiner Entwicklung erklommen; doch wenn auch von Tradition und Angenommenen noch mehr zu spüren ist als in den beiden Schwesterwerken der gleichen Tonart in der 2. und 8. Sinfonie so beansprucht dennoch diese Jugendsinfonie eines Vierzigjährigen starkes Interesse und zeigt in der technischen Beherrschung des umfangreichen, für großes Orchester gedachten Apparates erstaunliche Reife. — An zweiter Stelle der von Opernd irektor Cortolezis dirigierten Vortragsfolge erklingt die in ihrer prägnanten Art immer noch unerreichte andere — und man möchte sagen einzige — Sinfonie in c-moll, Beethovens Fünfte", jenes flammenzüngige Schicksalslied, das sich zum Triumphlied menschlicher Willenskraft wandelt. Das Konzert beginnt wiederum um 7½ Uhr.

Kurze Nachrichten

Wilde Eisenbahnerstreiks in Württemberg. Nachdem vor einigen Tagen schon ein wilder Streik der Arbeiter auf dem Rangierbahnhof Kornwestheim beigelegt wurde, entstand in **Ulm** ein gleicher Streik, der sich am Donnerstag auch auf verschiedene Vorortbahnhöfe in **Stuttgart** auf den Haupt- und Rangierbahnhof **Heilbronn** und andere Orte ausdehnte. Die Forderung der Arbeiter nach genereller Rückkehr zum Achtstundentag mußte von der Verwaltung abgelehnt werden. Die Streiks stehen teilweise unter kommunistischen Einflüssen. Der Betrieb wird von der Eisenbahnverwaltung mit allen Mitteln aufrechterhalten.

Die Golddiskontbank. Die Schaffung der Golddiskontbank ist nunmehr, wie aus Berlin gemeldet wird, soweit gefördert, daß das Institut nach unseren Informationen schon etwa **Mitte April** seine Tätigkeit aufnehmen dürfte. Dem **Übernahmekonsortium** für die eine zu emittierende Hälfte der Aktien der Bank gehören rund 140 deutsche Banken und Bankhäuser mit ihren zahlreichen, sich über ganz Deutschland verteilenden Filialen an. Der Mindestzeichnungsbetrag für jedes Mitglied des Konsortiums ist auf 10 000 Pfund Sterling festgesetzt worden, gegenüber den ursprünglich dafür ins Auge gefaßten 25 000 Pfund.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Karlsruhe, 27. März.

In der heutigen Nachmittagssitzung des Landtages wurden zunächst **kurze Anfragen** erledigt. Dabei machte ein Regierungsvertreter die Mitteilung, daß Erwägungen im Gange seien, ob ab 1. April eine Ermäßigung der Wochenfahrkartenpreise auf den Lokaleisenbahnen stattfinden kann.

Nachdem der Gesetzentwurf über die **Steuererhebung in den Monaten April bis September 1924,** das **Steuerverteilungsgesetz** und verschiedene Notgesetze angenommen waren, berichtete die Abg. Frau **Rigel** (Zentr.) über eine grundlegende

Änderung des Besoldungsgesetzes.

Dabei erinnerte sie an die Bemühungen in Berlin, das Einkommen der Unterbeamten zu erhöhen und an die Worte des Finanzministers im Ausschuß, wonach die Stabilität unserer Verhältnisse vornehmlich der Beamtenschaft zu verdanken sei, die zurzeit große Opfer bringe. Man dürfe erwarten, daß auch die anderen Volkskreise ein gleiches tun. Der vorliegende Regierungsentwurf schließt sich eng an die mit Wirkung vom 1. April 1924 für die Reichsbeamte beschlossene Regelung an. Sie bringt eine durchschnittliche Erhöhung der Grundgehälter von etwa 21,7 Prozent. Diese werden allerdings in den Orten, in denen bisher noch örtliche Sonderzuschläge gewährt wurden, dadurch zum Teil wieder ausgeglichen, daß die örtlichen Sonderzuschläge noch weiter abgebaut werden. Es wäre, so betont die Berichterstatterin, daher falsch und völlig unverantwortlich, wenn die Geschäftswelt die Neuregelung der Beamtengehälter mit einer Erhöhung der Preise beantworten würde. Der Ausschuß habe sich vielmehr einen sozialdemokratischen Antrag zu eigen gemacht, wonach die Regierung in Berlin nachdrücklich darauf dringen soll, daß die völlig unzulänglichen Beamtengehälter der unteren und mittleren Gruppen auf den Stand eines ausreichenden Existenzminimums erhöht werden. Der Bericht äußert sich schließlich über die im Gesetz neugeregelte Dienstwohnungsvergütung. Die Ortszuschläge sollen künftig nur als Wohnungsgeldzuschüsse gegeben werden.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) rollt die Frage der Lehrerwohnungen auf und bedauert, daß diese keine befriedigende Lösung auf gesetzlichem Wege gefunden habe, wenigstens soweit die mittleren und kleinen Gemeinden in Betracht kämen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. **Ritter** (Komm.), der die Vorlage ablehnt, wird diese mit allen gegen die kommunistischen Stimmen in erster und zweiter Lesung **angenommen.** Der erwähnte Antrag wegen des Existenzminimums für die Beamten fand einstimmige Annahme.

Abg. **Wittemann** (Zentr.) berichtet alsdann über die Stellungnahme des Geschäftsordnungsausschusses zu den

Haftentlassungsanträgen für die kommunistischen Abgg. Bock und Unger,

welche sich seit Oktober bezw. November vorigen Jahres wegen Verdacht des Hochverrats in Untersuchungshaft befinden. Das dem Ausschuß vorgelegte Material und ein ausführlicher Vortrag des Untersuchungsrichters zwingen zu dem Schluß, daß es sich bei der kommunistischen Aktion im Spätjahr 1923 um einen ins einzelne gehenden Plan eines bewaffneten Aufstandes, um eine Verschwörung zum Sturz der Verfassung handelte. Es sei aber nicht Sache des Parlaments, sich materiell mit den Beschuldigungen gegen die kommunistischen Abgeordneten zu befassen. Der Ausschuß neige aus allgemeinen politischen und parlamentarischen Erwägungen dazu, die Enthaftung für die Dauer der Landtagstagung zu verlangen. Das Strafverfahren soll gleichwohl seinen Fortgang nehmen.

In der Aussprache wandte sich der Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Dn.) gegen den Ausschußentscheid, desgleichen der Abg. Dr. **Glockner** (Dem). Der Abg. **Schmitt**-Karlsruhe (Ztr.) verliest eine Erklärung, der zufolge das Zentrum in der Verurteilung jeden Hochverrats einig sei. Ein Teil seiner Freunde werde gegen den Enthaftungsantrag stimmen, weil er die Gefahr der Fortsetzung des Verbrechens fürchtet und gerade von dem Abgeordneten verlangt, daß er die Verfassung achtet. Der andere Teil sei für vorübergehende Enthaftung, da die Einzelheiten der Beschuldigungen gegen Bock und Unger klar umrissen seien und deshalb von einer Verdunklungsgefahr keine Rede mehr sein könne. Die Verhältnisse in Bayern könnten nicht zum Vergleich herangezogen werden,

Abg. **Fischer**-Meisenheim (Landbd.) erklärt sich für den Enthaftungsantrag, Abg. **Weber**-Baden (Dt. Volksp.) dagegen.

Abg. **Ritter** (Komm.) bezeichnet es als eine Verleumdung, daß der Abg. Bock im badischen Oberland mit den Franzosen konspiriert habe.

Abg. **Marum** (Soz.) ist der Meinung, daß die Hauptanstifter des kommunistischen Hochverrats nicht in den Gefängnissen sitzen, wohl aber die Verführten. Wir verurteilen aufs schärfste dieses Treiben, das ein Verbrechen am Volke darstellt. Wenn wir, die Sozialdemokraten, für die Haftentlassung stimmen, werden wir gewiß nicht den Dank der Kommunisten ernten. Allein, es geht nicht an, daß in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird, je nachdem es sich um Hochverräter von rechts oder links handelt.

Der **Haftentlassungsantrag** wird sodann mit **Mehrheit angenommen.**

Gegen ½9 Uhr vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr.

*

Karlsruhe, den 28. März.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Vormittagssitzung mit der Bekanntgabe

verschiedener neuer Anträge.

Es liegt ein Antrag Dr. **Schofer** (Zentr.) vor, die Regierung möge in Berlin dahin wirken, daß nach Berichtigung der **Wehrbeitragswerte** zuviel bezahlte **Landabgabe** und **andere Steuern rückvergütet** oder auf künftige Zahlungen angerechnet werden.

Der **Landbund** beantragt, seinen Antrag betr. Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes sofort im Plenum zu verhandeln.

Ein weiterer Antrag des **Landbundes** besagt: Da die Geschäftslage des Hauses eine Behandlung der einschlägigen Anträge vor dem 1. April nicht mehr ermöglicht, wird die Regierung ersucht, die **Aufhebung der 13 Bezirksämter** solange aufzuschieben bis der Landtag endgültig zu der Materie Stellung genommen hat.

In Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung berichtet Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) über das

Notgesetz betr. die Entschädigung der Landtagsabgeordneten.

An Stelle der Pauschale tritt ein Tagegeld von 15 M., das sich für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten um 40 Prozent ermäßigt. Für Lohnausfall wird bis zu 50 Prozent Zuschlag gewährt. Der Landtagspräsident erhält außer dem Tagegeld eine monatliche Aufwandsentschädigung von 100 Goldmark.

Das Notgesetz wird **angenommen.**

Der Abg. **Haebler** (Soz.) erstattet namens des Haushaltsausschusses Bericht über

die Personalabbauverordnung

vom 17. März d. J. Es handelt sich um die bereits mitgeteilten Maßnahmen auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung. Sie betreffen die Schulaufsicht, die Zusammenlegung von Zwergschulen und die Errichtung von Stadtschulämtern für die großen Städte. Das Stundendeputat des Lehrers soll in der Regel 32 Wochenstunden betragen und auf einen Lehrer durchschnittlich 55 Schüler kommen.

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Dn.) ist der Meinung, daß es sich bei der Verordnung tatsächlich um eine Änderung des Schulgesetzes handle.

Abg. **Wiedemann** (Zentr.) hätte es lieber gesehen, wenn schon jetzt eine gründliche Reform des Schulgesetzes vorgenommen worden wäre. Daß die Zahl der Überstunden in Wegfall kommt und die Schulaufsicht vereinfacht wird, sei lebhaft zu begrüßen. Der Redner wünscht die Beseitigung des Fachlehrersystems an den größeren Volksschulen und erörtert schließlich die Wohnungsschwierigkeiten besonders für die zuruhegesetzten Lehrer.

Abg. **v. Au** (Landbund) legt Gewicht auf einen stärkeren Einfluß der Stadtverwaltungen auf die Gestaltung der Stadtschulämter. Man hätte derartige schulorganisatorische Fragen mit den Sparmaßnahmen nicht verbinden sollen. Der Redner erinnert an die großen Opfer, die die Städte bisher zugunsten eines guten Volksschulwesens gebracht haben und noch bringen wollen. Man dürfe daher nicht auch ihre Rechte abbauen.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) wendet sich gegen die zu ausgedehnte Organisation der Kreisschulämter, welche die Gefahr der Bureaukratisierung in sich berge. Aus der Regelbestimmung von 32 Wochenstunden müsse eine Höchstbestimmung gemacht werden. Der Redner fordert weitgehendes Entgegenkommen für die Schulwünsche der Lehrer und Gemeinden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. **Haebler** (Soz.) äußert verschiedene Bedenken gegen die Verordnung und legt den größten Wert auf ein tatsächliches Mitwirkungsrecht der Städte in Schulfragen. Der Lehrer dürfe unter keinen Umständen mit mehr als 32 Wochenstunden belastet werden. Der Redner warnt vor einem schematischen Abbau der Kreisschulämter. Eine der wichtigsten Wiederaufbauarbeiten sei die Erhaltung einer guten Volksschule.

Darauf wird der Notverordnung **zugestimmt.**

Inzwischen ist ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, die Regierung möge in Berlin auf Stundung der am 1. April fälligen halbjährlichen Rentenbankzinsen bis zur Berichtigung der Wehrbeitragswerte hinwirken.

Daran knüpft sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß genannter Antrag, sowie der Antrag betr. die Landabgabe bereits heute nachmittag im Haushaltsausschuß und darnach in den Fraktionen behandelt werden. Ferner wird beschlossen, die Anträge betr. die Fleischsteuer von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Reichspostfinanzgesetz

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In der Abendausgabe des „Karlsruher Tagblatts" vom Freitag, den 21. ds. Js. ist unter der Überschrift „Die Neuorganisation der Reichspost" eine Aufzählung der vom Reichsrat zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter des Verwaltungsrats mitgeteilt, welche einer Richtigstellung bedarf. Von den Stellvertretern kommt der zweite nicht auf Bayern, sondern auf Baden. Damit ist zugleich die am Schluß gestellte Frage beantwortet.

Das badische Finanzministerium war bei der Vorberatung dafür eingetreten, daß Baden nicht nur einen der vom Reichsrat zu besetzenden 7 Sitze, sondern auch daß ein Vertreter der badischen freien Wirtschaft einen Sitz im Verwaltungsrat erhält. War es angesichts der geringen Zahl der vom Reichsrat zu vergebenden Sitze (7) nicht möglich, für Baden diesmal einen Hauptsitz zu erhalten, so wurde doch zu Protokoll des Reichsrats festgestellt, daß dieser den Anspruch Badens anerkennt, nach Ablauf der ersten Wahlperiode einen Hauptsitz zu erhalten; außerdem konnte erreicht werden, daß eine Vertretung der badischen Wirtschaft in dem Verwaltungsrat zugesagt wurde. Baden wird also durch den Vertreter der Wirtschaft (Hauptsitz) und durch seinen Reichsratsvertreter (Stellvertreter) im Verwaltungsrat des selbständig gemachten Unternehmens „Deutsche Reichspost" vertreten sein.

Der Abbau u. der Bonndorfer Oberpostschaffner

Darüber war in vielen Zeitungen Badens geschrieben worden. Nun läßt die Oberpostdirektion Konstanz der „Schwarzwälder Zeitung", welche die Nachricht zuerst in die Welt gesandt hatte, die folgende sehr angebrachte Richtigstellung zugehen:

„Sie brachten in Ihrer Nr. 56 vom 6. März unter der Spitzmarke „Auch ein Abbau" die Nachricht, daß der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Oberpostschaffner M. von dort wieder als Aushelfer eingestellt worden sei.

Hierzu wird bemerkt: „In Bonndorf wurde durch Einführung der 54-Stundenwoche ein Beamter überzählig, weil keine dauernde Beschäftigung mehr für ihn vorhanden war. Ein Beamter — und dies war M. — mußte also abgebaut werden. Zufällig brauchte das Postamt eine vorübergehende Aushilfe zum Gang nach Grafenhausen, weil des vielen Schnees wegen der Postkraftwagen nicht verkehren konnte. M. war bereit, den Gang als Helfer gegen den Tariflohn auszuführen. Das war erwünscht, weil eine andere Person nicht zu finden war. M. bekommt, sobald er einen vollen Monat beschäftigt ist, zu seiner Pension von dem Helferlohn nur soviel, daß er höchstens sein früheres Einkommen wieder hat. Zu lediglich vorübergehenden Leistungen kann ein Beamter nicht dauernd im Dienst belassen werden."

Hoffentlich nehmen die Zeitungen, welche die erste Nachricht veröffentlichten, auch von der Darstellung der wirklichen Sachlage Notiz.

Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indexziffer unverändert. Laut Mitteilung des Städt. Nachrichtenamts hat sich die Mannheimer Indexziffer nicht geändert. Sie beträgt nach den Preisen vom 24. März 115,0 (1913/14 gleich 100).

Bürgermeisterwahl. Im vierten Wahlgang wurde in Rheinheim, Amt Waldshut, der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Max **Kaiser** zum Bürgermeister gewählt. Von den Bürgern des Ortes war kein Kandidat aufgestellt worden.

Todesfall. In Emmendingen wurde am Sonntag, der im 79. Lebensjahr verstorbene Altvorsteher Heinrich **Weil** unter großer Beteiligung weitester Kreise zu Grabe getragen. Der Verstorbene, eine in Stadt und Land bekannte Persönlichkeit, war infolge seiner langjährigen Verdienste um die israelische Gemeinde seiner Vaterstadt Emmendingen von dieser zu ihrem Ehrenbürger ernannt worden. Er gehörte dem Synagogenrat 44 Jahre an und war bis zum Jahre 1921 38 Jahre lang Vorsteher der israelitischen Gemeinde. Längere Jahre gehörte er auch dem Gemeinderat Emmendingen an.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Prof. **Mittels** an der Kölner Universität hat einen Ruf als Nachfolger Schröders an die Roberto Carola in **Heidelberg** erhalten.

DZ. **Untergrombach** (Amt Bruchsal), 26. März. Einer unserer beliebtesten und angesehensten Mitbürger, Zigarrenfabrikant Anton **Warolli**, Mitglied des Bezirksrates, ist nach kurzer Krankheit gestorben. Er erreichte ein Alter von 64 Jahren.

DZ. **Kork**, 26. März. Von der **Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische** ist zu berichten, daß die interalliierte Rheinlandkommission dem Ersuchen der Anstaltsleitung, die Zureisebestimmungen für die Anstalt mildern zu wollen, stattgegeben und den Direktor ermächtigt hat, für diejenigen Personen, die vom unbesetzten Gebiet her in die Anstalt kommen wollen, Atteste auszustellen, die von der Delegation in Kehl abgestempelt, als Einreiseerlaubnis dienen. Wer also einen Kranken in die Anstalt bringen, abholen oder besuchen will, braucht nur den Zeitpunkt der Reise anzugeben und die Anstalt besorgt die Einreiseerlaubnis, ohne daß es irgendwelche Kosten verursacht. Zum Vorsitzenden des Landesausschusses wurde Prälat a. D. D. **Schmitthenner** gewählt; in den Aufsichtsrat die Herren Bürgermeister Rauscher, Gemeinderat Pfotzer und Missionar Stolz in Kork und Pfarrer Proß in Legelshurst. Der Bericht des „Nickelblättchens" weist darauf hin, daß die Arbeit in der Anstalt wieder ihren gewohnten Gang gehe wie im Frieden, daß aber die furchtbaren Folgen der Geldentwertung der letzten Jahre noch nicht überwunden sind. Die Einnahmen aus den Pflegegeldern sind zurückgegangen und die Kostgeldsätze können nicht hinaufgesetzt werden. Es fehlt das Geld für Instandsetzung und Unterhaltung der Anstalt, des Inventars, der Wäsche usw. Das Hofgut „Waldhof" bei Hesselhurst geht jetzt seinem letzten Ausbau entgegen. 100 Morgen, darunter 40 Morgen Wiesen, stehen dann zur Verfügung. Auch im abgelaufenen Jahre sind der Anstalt reiche Naturalgaben aus der näheren und weiteren Umgebung zugeflossen, ebenso Geldspenden vom Ausland.

DZ. **Konstanz**, 26. März. Unter großer Beteiligung wurde hier der Staatsminister a. D. **v. Scholz** zu Grabe getragen. Nach der tief empfundenen Grabrede des Stadtpfarrers Blum legten verschiedene Abordnungen Kranzspenden am Grabe nieder. Die Stadt Konstanz war durch den Oberbürgermeister Dr. Mörike und das Bezirksamt durch den Geheimrat Belzer vertreten.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat April noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	22. März Geld	22. März Brief	27. März Geld	27. März Brief
Amsterdam . .	1 553 600	1 561 400 [1]	1 556 100	1 563 900 [1]
Kopenhagen .	666 300	669 700 [1]	666 300	669 700 [1]
Italien . . .	182 500	183 500 [1]	182 500	183 500 [1]
London . . .	18 005 000	18 095 000 [1]	18 005 000	18 095 000 [1]
Newyork . . .	4 190 000	4 210 500 [1]	4 190 000	4 210 500 [1]
Paris	232 400	233 600 [1]	230 400	231 600 [1]
Schweiz . . .	727 100	730 900 [1]	726 200	729 800 [1]
Prag	123 600	124 400 [3]	122 100	122 500 [3]
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200 [3]	60 800	61 200 [3]

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Karlsruher Börse (26. März 1924). **Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel.** Bei starkem Besuch ist der Markt still. Kauflust ist wenig vorhanden. Man hörte folgende Preise nennen: Weizen 19,75—20,50, Roggen 16—16,50, Gerste 21,50 bis 22, Hafer 15,50—16, Weizenmehl Mühlenforderung 27,75 bis 28,25, Roggenmehl Mühlenforderung 23,50—24,25, Futtermehl je nach Qualität 12—14, Kleie 10,75—11 Goldmark, alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit, Getreide ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe. **Rauhfuttermittel.** Preise unverändert. **Abteilung: Weine und Spirituosen:** Wegen andauernder Geldknappheit Preise gedrückt. **Abteilung: Kolonialwaren.** Kaffeepreise anziehend. Tee gut 6,90—7,60, Tee mittel 7,80—9,40, Tee fein 9,60—12 Goldmark, einschließlich Zoll mit 2,20 M. per Kilo. Burmareis 0,39, Graupen 0,35, gelbe gespaltene Erbsen 0,38, weiße ungar. Perlbohnen 0,55, Linsen mittel 0,90, Schweinefett 1,45, Salatöl 1,15 Goldmark, alles per Kilo verzollt.

Keine unvalorisierten Kredite mehr. Die Berliner Stempelvereinigung versendet ein Rundschreiben, in dem mitgeteilt wird, daß sie von jetzt ab Papiermark- oder Rentenmarkkredite **nur noch wertbeständig** gibt, und zwar unter Zugrundelegung des amtlichen Berliner Mittelkurses für Auszahlung New York. Der Kunde hat im Falle einer Kurssenkung der Mark den vollen Entwertungsschaden der Bank zu zahlen, mindestens jedoch den Nennbetrag der entliehenen Geldsumme. Der „Ind. u. Handels-Ztg." zufolge handelt es sich hierbei um eine Maßnahme, die schon seit längerer Zeit in Übereinstimmung mit sämtlichen Bankvereinigungen Deutschlands beschlossen worden ist, deren Durchführung aber mit Rücksicht auf die schwebende Goldnotenbankfrage bis zur jetzt erfolgten Veröffentlichung des Golddiskontbankgesetzes zurückgestellt worden war. Eine andere praktische Bedeutung als eine Rechnungsvereinfachung für die Banken kommt daher dem Vorgehen der Stempelvereinigung nicht zu, und zwar um so weniger, als ohnehin von den Banken in letzter Zeit kaum noch unvalorisierte Papiermarkkredite gegeben worden sind. Wenn man davon ausgeht, daß für Festmarkkredite etwa 24 bis 26 Proz. p. a. gefordert werden, so betrug der Zinssatz für unvalorisierte Kredite etwa 50 bis 60 Proz. Das ist aber eine Spanne, die selbst für den schwärzesten Pessimisten in bezug auf die künftige Entwicklung unserer Währung ein starkes Risiko bedeuten muß.

Personalveränderungen im Reichsheer

Mit Wirkung vom 1. Februar 1924 wird befördert:

zum Major: der Hauptmann v. Küchler im 5. Art.-Regt.

Mit Wirkung vom 1. März 1924 wird befördert:

zum Oberstleutnant: der Major Müller im 14. (Bad.) Inf.-Regt.; zu Hauptleuten: der Oberleutnant v. Ilsemann im 5. Art.-Regt.; der Oberleutnant Fleischhauer im 15. Inf.-Regt.; zu Oberleutnanten: der Leutnant Teichmann im 13. (Württemb.) Inf.-Regt.; der Leutnant Weidemann im 14. (Bad.) Inf.-Regt.

Unter Bewilligung der gesetzlichen Versorgung scheidet mit dem 31. März 1924 aus dem Heeresdienst aus:

der Oberst Kleinhans im 15. Inf.-Regt.

Mit dem 1. April 1924 werden versetzt:

der Oberstleutnant Fritz im Stabe der 3. Kav.-Div. in das 15. Inf.-Regt.; der Major Prowe im 6. Inf.-Regt. in das 5. Art.-Regt.; der Hauptmann Köhl im 5. Art.-Regt. in das 7. (Bayer.) Inf.-Regt.

Mit dem 31. März 1924 scheidet aus dem Heeresdienst aus:

der Assistenzarzt Dr. Mißmahl in der 5. (Württemb.) Sanitätsabt.

Badisches Landestheater.

Samstag, 29. März. 7—1/2 11 Uhr. Sp. I 4.20 M. Abonn. F 17. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501—3000.

Die Jungfrau von Orléans.

Spielplan vom 30. März bis 8. April.

Im Landestheater. So. 30. **Mignon.** 6 1/2. (Sp. I 7.20.) — Mo. 31. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5601 bis 5800. **VIII. Sinfoniekonzert** des Bad. Landestheaterorchesters. Dirigent: Fritz Cortolezis. Werke von Bruckner und Beethoven. 7 1/2. (Sp. I 2.50.) — Die. 1. Für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler. **Die Jungfrau von Orléans.** 6. — Mi. 2. Abonn. E 16. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—300. **Die Orestie des Aischylos.** 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — Do. 3.* Abonn. A 18. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2200, 5301 bis 5600. **Die Hugenotten.** 7. (Sp. I 5.40.) — Fr. 4. **Die Orestie des Aischylos.** 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — Sa. 5.* Abonn. D 18. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901—2100, 6001 bis 6100, I. Sondergruppe. **Die Jungfrau von Orléans.** 7. (Sp. I 4.20.) — So. 6. vorm. 11 1/2 in der Wandelhalle des I. Ranges. **Morgenveranstaltung** des Theaterkulturverbandes. Vortrag von Prof. Dr. Oeftering über den badischen Dichter „Emil Strauß", zugleich Einführung in sein Drama „Vaterland" und Rezitationen durch Mitglieder des Landestheaters. Eintrittskarten für Mitglieder des Theaterkulturverbandes, Gesellschaft für deutsche Bildung, sowie Besucher der Uraufführung am 12. April 50 Pfg., Nichtmitglieder 1 M. Abends 6.* Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301—500. **Carmen.** (Sp. I 7.20.) — Mo. 7. Volksbühne P 2. **Über die Kraft.** (I. Teil.) 7 1/2. (Sp. I 4.20.) — Die. 8.* Abonn. C 18. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701 bis 800, II. und III. Sondergruppe. Neu einstudiert: **Die verkaufte Braut.** 7 1/2. (Sp. I 5.40.)

Im Konzerthaus. So. 30.* **Der Blaufuchs.** 7. (Park. I. 3.—.) — Die. 1. Einmaliges Gastspiel Elena Polewitzkaja mit dem Russischen Dramatischen Theater. **Die Kameliendame.** 7 1/2. (Park. I 4.50.) — So. 6.* **Bunter Abend.** Zum ersten Male: **Und das Licht erlosch.** Eine Szene von Fredro. Deutsch von Rózycki. **Don Carlos-Parodie.** Hierauf: **Bunter Teil.** Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vorkaufsrecht der Abonnenten u. Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 29., nachm. 1/2 4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 31. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am **Vortag** der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/2 1, 4—6 Uhr).

Eden-Lichtspiele

Kaiserstr. 5. Am Durlacher Tor.

ab Freitag bis einschl. Montag

Das unbewohnte Haus

Abenteuer des Meister-Detektivs **Harry Hill**

Versunkene Welten

Drama in 5 Akten nach dem Roman von Anni Wothe. D.221

„Er" hat das Frühlingsfieber

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren Bedarf in

Haushalt-, Toiletteseifen, Seifenpulver, sowie Wasch- und Putzmittel jeder Art

bei mir decken. — Der weiteste Weg lohnt sich.

S. Kleiner, Seifenhaus

Waldhornstraße 25, Eingang Kaiserstraße (neben Musikhaus Halter). D.219

In unserem Verlage sind erschienen:

Getränkesteuerordnung für den Gebrauch der Gemeinden

Preis bis 10 Stück per Stück 5 Pfg.
" " 30 " " " 4 "
" über 30 " " " 3 "

G. Braun, G. m. b. H.

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 14.

In jeder Gemeinde muß die Getränkesteuerordnung vorhanden sein, da die Gemeinde im Bereich ihrer Gemarkung Steuern vom örtlichen Verbrauch erhebt.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Die Firma **Badische Holzabnahme- und Transport-Zentrale für Wiederaufbaulieferungen G. m. b. H.** („Wiedabtra") ist durch Gesellschaftsbeschluß vom 26. März 1924 aufgelöst. Die Gläubiger wollen sich melden. B.943.3.1

Der Liquidator:
Paul Landrock.

Die **Kohlenhandelsgesellschaft Wertheim a. M. Gesellschaft mit beschränkter Haftung** wird durch Gesellschaftsbeschluß aufgelöst. Wir, die Liquidatoren, fordern hiermit alle Gläubiger auf, welche etwaige Ansprüche an uns zu stellen haben, solche bis zum 10. April 1924 anzumelden.

Als Liquidatoren sind bestimmt die Herren: **Franz Müller, Karl Haas** und **Valentin Herz.** Alle in Wertheim am Main. B849.3.3

Nutzholzverkauf.

Das **Bad. Forstamt Todtmoos** verkauft freihändig 3700 Fm. Nadellangholz aller Klassen. Angebote in Prozenten der bad. Goldmarkgrundpreise Dezember 1923 wollen bis längstens **Samstag, den 5. April 1924, mittags 12 Uhr,** beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnisse und Zahlungsbedingungen kostenlos durch das Forstamt.

Nadelstammholz-Verkauf

des **Forstamts Bühl** aus Staatswald freihändig:

5 Fm. Forlen IV. und V. und Abschnitte II. und III. in 1 Los; 189 Fm. Fichten und Tannen I.—V. und Abschnitte I.—III. in 5 Losen.

Gebote lautend auf Prozente der Goldmarkgrundpreise Dezember 1922 wollen bis **Donnerstag, den 3. April, abends 6 Uhr,** schriftlich eingereicht werden. Losauszüge durch das Forstamt. B.927

Papierholz-Verkauf.

Das **Bad. Forstamt Gernsbach** verkauft freihändig aus den Staatswaldungen Schwarzegehren und Bruhberg 27 Ster I. Kl., 61 Ster II. Kl. Papierholz mit Rinde, etwa hälftig Fichte in einem Los. Nähere Auskunft durch das Forstamt. Angebote werden bis **Freitag, den 11. April d. J., abends 5 Uhr,** erbeten. Die Einreichung eines Angebotes gilt als Annahme der Bedingungen. Zuschlagsfrist 5 Tage. B.944

Druck G. Braun, Karlsruhe.